

einem Prozentpunkt.³ Damit liegt Siemens durchaus im Trend: Das aktuelle Managerinnenbarometer des DIW beobachtet insgesamt einen „Ritt auf der Schnecke“.⁴ Ramona Pissal forderte die Verantwortlichen im Aufsichtsrat und Vorstand von Siemens dazu auf, die Frauen von der Einstellung an über alle Karrierestufen ebenso in den Blick nehmen wie sie die männliche Karriere begleiten.

Auch die anderen EWSDGE-Projekt Koordinatorinnen sind nun dabei, den Rahmenfragebogen an die jeweilige nationale Situation anzupassen oder haben dies bereits getan. Die Situation in den Mitgliedstaaten ist durchaus unterschiedlich, so dass die Fragen umzuformulieren sind. In einigen Mitgliedstaaten gibt es etwa eine umfangreiche gesetzlich festgelegte Berichterstattung zu Diversity, wie z.B. in Frankreich. In anderen Mitgliedstaaten fehlt bislang die gesetzliche Verpflichtung, wie z.B. in Deutschland. Da jedoch Unternehmen von bestimmter Größe in der Europäischen Union von 2017 an nach der neuen europäischen CSR-Richtlinie⁵ in ihren Lageberichten Angaben zu sozialen und Arbeitnehmerbelangen einschließen müssen, fragen die Aktionärinnen auch danach, wie die Unternehmen die Anforderungen aus dieser Richtlinie umsetzen wollen. Dann sind unterschiedliche Kulturen zu berücksichtigen. Was in Deutschland bei Aktionärsversammlungen direkt gefragt werden kann, geht z.B. in Spanien nicht. Alle Nationalen Projektkoordinatorinnen halten sich jedoch an den Rahmenfragebogen, der drei Bereiche umfasst: (1) Aufsichtsrat/Vorstand, (2) Führungspositionen und (3) einschlägige Unternehmenspolitik. Das ist wichtig für die Vergleichbarkeit der Antworten und deren Analyse.

Weiterhin steht die praktische Organisation und Durchführung der Hauptversammlungsbesuche im Fokus. Zur Vorbereitung werden in den beteiligten EU-Mitgliedstaaten Workshops durchgeführt, damit sowohl diejenigen, die bei den Hauptversammlungen fragen, als auch diejenigen, die protokollieren, optimal vorbereitet sind.

Weites Feld Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit spielt eine große Rolle. Zum Projekttreffen waren daher auch eine Studentin und ein Student nach Brüssel gekommen, die den Projektpartner Hochschule Magdeburg Stendal vertraten. Wichtig war auch das Presse-Hintergrundgespräch im Anschluss an den ersten Sitzungstag. Den dazu von djB-Vizepräsidentin Margarete Hofmann über ihr Brüsseler Netzwerk geladenen Journalistinnen ermöglichte es einen persönlichen Eindruck von den Protagonistinnen des Projekts und ihren Zielen. Die vier Journalistinnen gaben zudem wertvolle Hinweise in Sachen Öffentlichkeitsarbeit über soziale Netzwerke. Am zweiten Sitzungstag wurde so dann lebhaft über die Medienpräsenz des Projekts und über Online-Instrumente, wie u.a. Twitter, LinkedIn und Facebook, diskutiert.

Der „European Launch“ des EWSDGE-Projekts ist im Rahmen der Konferenz der Europäischen Juristinnenvereinigung (EWLA) vom 5. bis 7. März 2015 in Lille⁶ geplant. Vorgesehen ist eine Pressekonferenz u.a. mit EWLA-Präsidentin Prof. Dr. Jackie Jones, University of the West of England, Bristol (UWE).

- 3 Statusbericht 2013: Frauen in Führungspositionen. Entwicklungen und Zielsetzungen der 30 DAX-Unternehmen von Juni 2014. Online: <[http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Dax-30_Frauen_in%20Fuehrungspositionen.pdf/\\$file/Dax-30_Frauen_in%20Fuehrungspositionen.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Dax-30_Frauen_in%20Fuehrungspositionen.pdf/$file/Dax-30_Frauen_in%20Fuehrungspositionen.pdf)> (Zugriff: 27.1.2015).
- 4 DIW Wochenbericht Nr. 4, 2015, S. 70. Online: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01c.495360.de/15-4-3.pdf> (Zugriff: 27.1.2015).
- 5 Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen. Online <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014L0095&from=DE>> (Zugriff: 30.1.2015).
- 6 Online: <<http://www.ewla.org/>> (Zugriff: 28.1.2015).

27.1.2015: Prostituiertenschutz geht anders: Offener Brief an die Politik

Dr. Maria Wersig

Vorsitzende der djB-Kommission Recht der Sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich, Berlin

In einem gemeinsamen Offenen Brief vom 27. Januar 2015 (http://www.djb.de/static/common/download.php/save/1761/150127_Offener_Brief-ProstSchG.pdf, Zugriff: 30.1.2015) an die Bundeskanzlerin, die Bundesfrauenministerin und die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag haben sich sieben Frauen- und Sozialverbände, sowie Beratungsstellen für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel gegen die Einführung regelmäßiger gesundheitlicher Pflichtuntersuchungen, einer Anmeldepflicht

und eines Mindestalters von 21 Jahren für Prostituierte ausgesprochen.

Unterzeichnende sind:

- Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
- Deutscher Frauenrat e.V. (DF)
- Deutscher Juristinnenbund e.V. (djB)
- Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
- Dortmunder Mitternachtsmission e.V.
- Evangelische Frauenhilfe in Westfalen e.V. mit ihren Beratungsstellen Nadeschda für Opfer von Menschenhandel und den Prostituierten- und Ausstiegsberatungen Theodora und Tamar
- Frauentreff Olga, Berlin



▲ Dr. Maria Wersig, Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb); Andrea Hitzke, Dortmunder Mitternachtsmission e.V., Susanne Kahl-Passoth, Deutscher Frauenrat e.V., Marianne Rademacher, Deutsche AIDS-Hilfe e.V.; Maria Loheide, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Monika Nürnberger, Frauentreff Olga – Notdienst Berlin e.V. (v.l.n.r., Foto: Deutsche AIDS-Hilfe e.V.)

Es ist das erste Mal, dass sich Frauenrechtsorganisationen, Sozialverbände sowie Beratungsstellen für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel in dieser Form gemeinsam äußern. Anlass des Briefes waren die derzeit laufenden Verhandlungen der Koalition zur Regulierung der Prostitution. Alle unterzeichnenden Organisationen eint die Sorge, dass die kritisierten Vorschläge zu einer Verschlechterung der Situation der Frauen (und Männer) in der Prostitution führt und gleichzeitig die Bekämpfung des Menschenhandels nicht verbessern. Das Ziel der Unterzeichnenden ist es, mit ihren Argumenten zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen, ihre Praxiserfahrungen in die politische Debatte einzubringen und deutlich

zu machen, wie wichtig die Trennung der Themen Menschenhandel und Prostitution ist. In einem Pressegespräch in den Räumen der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. am 28. Januar 2015 in Berlin stellten sie ihre Initiative der Öffentlichkeit vor. Zum Vorschlag der Wiedereinführung regelmäßiger verpflichtender Gesundheitsuntersuchungen erklärte Dr. Maria Wersig für den djb: „Auch verfassungsrechtlich sind die vorgeschlagenen Pflichtuntersuchungen höchst bedenklich, wenn sie sich allein an den Personenkreis der Prostituierten richten“. Vor allem aber würden sie neuer Gefahr ausgesetzt: Dann nämlich, wenn Freier die Untersuchungsbescheinigungen als Freipass zu ungeschütztem Verkehr betrachten.

Rezension:

Menschenrechte von Frauen in Deutschland

Schöpp-Schilling, Hanna Beate/Rudolf, Beate/Gothe, Antje (Hrsg.)

Mit Recht zur Gleichheit – Die Bedeutung des CEDAW-Ausschusses für die Verwirklichung der Menschenrechte von Frauen weltweit, 1. Aufl. 2014, ISBN 978-3-8329-5216-7 (Print), 978-3-8452-3645-2 (ePDF).



Dr. Katja Rodi

Mitglied der djb-Kommission Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht/Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Hochschuldozentin an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Bremen

„Mit Recht zur Gleichheit – Die Bedeutung des CEDAW-Ausschusses für die Verwirklichung der Menschenrechte von Frauen weltweit“; unter diesem

Titel ist zum Ende 2014 ein Buch veröffentlicht worden, dass dem UN-Frauenrechtsübereinkommen CEDAW¹ in Deutschland mehr Gewicht verleihen wird. Es handelt sich um die fast überfällige

deutsche Fassung des 2007 von Hanna Beate Schöpp-Schilling und Cees Flintermann herausgegebenen englischsprachigen Sammelbandes „The Circle of Empowerment“ vor. Mit diesem Sammelband wurden zum 25-jährigen Bestehen des CEDAW-Ausschusses eine gute Darstellung der Bedeutung des Übereinkommens, der verschiedenen Dimensionen des Verbots der Diskriminierung von Frauen und eine detaillierte Bilanz der Arbeit des CEDAW-Ausschusses durch die Ausschuss-Mitglieder gegeben. Für die deutschsprachige Ausgabe wurden die Beiträge behutsam aktualisiert und durch eine wissenschaftlich gut fundierte Darstellung der Bedeutung und der Wirkung von CEDAW im deutschen Recht ergänzt. Hierin stellen die Autorinnen Rudolf und Chen allgemein die innerstaatliche Geltung und Anwendbarkeit von Völkerrecht-normen in nationalen Rechtsordnungen und das Potential von CEDAW in Deutschland sehr gut nachvollziehbar dar. Es wird deutlich, dass das Abkommen, die Ausgestaltung administrativer Maßnahmen und Prozesse und Gerichtsentscheidungen in allen

1 Convention on the Elimination of Discrimination against Women.